



Vorlagennummer: 0087/2025
Vorlageart: Beschlussvorlage
Status: öffentlich

Anfrage nach §24 GO zum Thema: "Heinitzstraße - Verkehrssituation"

Datum: 20.01.2025
Freigabe durch: VB2 i.V. für VB5
Federführung: FB60 - Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen
Beteiligt:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung (Kenntnisnahme)	25.02.2025	Ö

Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt

Die angesprochene Öffnung der zweiten Linksabbiegespur der Heinitzstraße bzw. der Aufhebung von Maßnahmen des Luftreinhalteplans war bereits Thema in politischen Gremien im Jahr 2024 (vgl. DS 0728/2024).

Die damalige Aussage hat weiterhin bis auf Weiteres Gültigkeit:

Am 26.07.2024 hat die Stadtverwaltung in einem Gespräch mit der Bezirksregierung Arnsberg den Wunsch geäußert, Maßnahmen, die Gegenstand des DUH-Vergleichs und auch des Luftreinhalteplans sind, aufzuheben. Hierzu gehören auch die Sperrung der sogenannten Finanzamtsschlucht für Lkw-Verkehre und die Sperrung der zweiten Linksabbiegespur in der Zufahrt Heinitzstraße.

Für den Fall, dass Vergleichsmaßnahmen aufgehoben werden sollen, müssen laut Bezirksregierung folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Die Stadt Hagen muss für alle Messstellen des LANUV nachweisen, dass ab 2026 nicht nur die heute gültigen Grenzwerte von 40 Mikrogramm/m³ für NO₂ und Feinstaub (PM₁₀) eingehalten werden können, sondern auch die der neuen Luftqualitätsrichtlinie der EU (20 Mikrogramm/m³).
- Die Landesregierung (hier: das MUNV NRW) und die Bezirksregierung Arnsberg in Zusammenarbeit mit dem LANUV müssen dem Vorhaben zustimmen.
- Für die Änderung des DUH-Vergleichs müsste außerdem der bestehende Luftreinhalteplan geändert oder neu aufgestellt werden. Ablauf und Zeitplan eines solchen Verfahrens sind nicht geklärt, da es sich um einen absoluten Präzedenzfall handeln würde.

Aus fachlicher Sicht wird sowohl seitens der Bezirksregierung Arnsberg als auch seitens der Umweltplanung der Stadt Hagen deutlich bezweifelt, dass die erste Voraussetzung überhaupt erfüllt werden kann. Aus diesem Grund wird die Rücknahme von Maßnahmen aus

dem Luftreinhalteplan kritisch gesehen und ist daher unter den gebotenen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar.

Die Stadtverwaltung wird jedoch auch künftig wieder das Gespräch mit der Bezirksregierung suchen um dieses Problem, welches kein verkehrsplanerisches, sondern ein umweltplanerisches bzw. juristisches ist, zu adressieren.

Hinsichtlich der angeregten Änderung der Signalisierung für zu Fußgehende kann mitgeteilt werden, dass bei jeder Überplanung angestrebt wird, dass zu Fuß gehende an Doppelfurten mindestens bis zur Mitte der zweiten Furt bei Grün gehen können und dann unter dem Schutz der Zwischenzeiten in einem Umlauf die andere Straßenseite erreichen können. Dies beeinträchtigt jedoch die Kapazität für Kraftfahrzeuge und kann daher im Einzelfall, wie hier an der stark befahrenen Kreuzung Emilienplatz, nicht realisiert werden.



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Auswirkungen

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

- ☒ sind nicht betroffen
☐ sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

- ☐ positive Auswirkungen (+)
☒ keine Auswirkungen (o)
☐ negative Auswirkungen (-)


Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)


- ☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.
☐ Es entstehen folgende Auswirkungen:

Anlage/n

1 - Anlage I Vorlage 00872025 (öffentlich)


19.09.2024

Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeteiligung
Postfach 4249
58042 Hagen


Eingegangen am
20. Sep. 2024
FB 01

<input type="checkbox"/> 01	<input type="checkbox"/> 01-Vz
<input type="checkbox"/> 01-0	<input type="checkbox"/> 01-1
<input type="checkbox"/> 01-2	<input type="checkbox"/> 01-3
<input type="checkbox"/>	

Sehr geehrte Damen und Herren,

an dieser Stelle möchte ich meine Anregungen und Beschwerde hinsichtlich der Straßenführung der Innenstadt mit Blick auf die Sperrung der Altenhagener Brücke Ebene II kundtun.

Die Verkehrsführung aus Richtung des Landgerichts/Heinitzstraße war schon vor Sperrung der Altenhagener Brücke durch die einspurige Abbiegemöglichkeit Richtung Finanzamt/Märkischer Ring während der Rushhour am Morgen, mittags sowie frühen Abend unzumutbar. Für die Anwohner der Heinitzstraße sind die sich stauenden Autos neben einer Lärmbelästigung, ebenso eine gesundheitliche Feinstaubbelastung. Zusätzlich sehe ich auf der Kreuzung am Landgericht hohes Gefahrenpotenzial, da diese regelmäßig von allen Seiten befahren und „verstopft“ wird, sodass „nicht mehr geht“.

Nunmehr zeigt sich die Sperrung der zweiten Linksabbiegerspur von Heinitzstraße in den Märkischen Ring seit der Sperrung der Altenhagenerbrücke als noch größerer Störfaktor als zuvor, zumal die Ampelphase hier sehr kurz ist und viele Autos, die ehemals Richtung Bahnhofshinterfahung gefahren sind, sich nun Richtung Markt orientieren. Autos sind zum Teil auch dazu gezwungen durch die Innenstadt zu fahren (entweder nur durch den Kreisverkehr und von Richtung Badstraße in den Märkischen Ring oder aber ganz Richtung Körnerstraße und Bahnhof (wo es aufgrund des Fahrradweges auch nur eine Spur gibt), wenn sie sich nicht in die Linksabbiegerspur einreihen und zahlreiche Ampelphasen mitnehmen möchten. Die Luftreinhaltung in der Finanzamtbusch ist aus dieser Sicht zu hinterfragen und eine Aufhebung der Sperrung der zweiten Linksabbiegerspur zu prüfen, da sich die „Luftverschmutzung“ lediglich auf einen anderen Straßenabschnitt verlagert und zu vermehrter Staubbildung führt.

Neben der Auto-Ampelschaltungen sehe ich auch die Fußgängerampel an der Kreuzung Heinitzstraße/Badstraße als wenig sinnvoll an. Hier bitte ich um Überprüfung der Grünphasen, da diese dazu führen, dass Menschen immer auf der „Insel“ in der Mitte stehen bleiben müssen und sich so einer potenziellen Gefahr durch die Autos ausgesetzt sehen, obwohl die Autofahrer noch eine ganze Zeit lang rot haben und sowieso nicht fahren. Viele Menschen überqueren diesen Straßenabschnitt auch über rot.

Mit freundlichen Grüßen
